

Ein fast vergessenes
Stück Geschichte

Die oberschlesische Frage im Jahre 1921

Guido Hitze

Oberschlesien ist der historisch-geografische Name jener Region, die den südöstlichen Abschluss der alten europäischen Kulturlandschaft Schlesien bildet. Anders als im übrigen Schlesien mit seiner Metropole Breslau vermochte sich jedoch an der oberen Oder die slawische Stammbevölkerung im Zuge der deutschen Ostsiedlung in einem erheblichen Maße zu behaupten. Nach der vollkommen friedlich erfolgten deutschen Besiedlung Schlesiens, dem mehrfachen Wechsel seiner Staatszugehörigkeit (1335 von Polen zu Böhmen, 1526 von Böhmen zu Habsburg, 1742 infolge des Ersten Schlesischen Krieges von Habsburg zu Preußen) und der Neugliederung der konfessionellen Verhältnisse durch den Westfälischen Frieden waren im neunzehnten Jahrhundert von den Einwohnern des mit dem preußischen Oberschlesien identischen Regierungsbezirks Oppeln etwa vierzig Prozent deutsch- und über sechzig Prozent polnischsprachig.

Fast allen Oberschlesiern gemeinsam war allerdings die katholische Konfession; mehr als neunzig Prozent von ihnen bekannten sich zu dieser Glaubensrichtung. Der oberschlesische Alltag bis zur Reichsgründung im Jahre 1871 wurde bestimmt durch ein intensives Neben- und Miteinander polnisch- und deutschsprachiger Oberschlesier, das seinen prägnantesten Ausdruck in einem gemeinsamen katholischen Lebensgefühl fand. Nationalpolnische Erweckungsgedanken fanden hier – im Gegensatz etwa zu Posen – zunächst keinerlei Resonanz, weil Ober-

schlesien nie zu den polnischen Teilungsgebieten gehört hatte und in seiner slawischstämmigen Bevölkerung aufgrund der jahrhundertelangen Trennung von Polen keinerlei nationalpolnische Ambitionen existierten. Dies wurde schlagartig deutlich beim Ausbruch des so genannten „Kulturkampfes“ Bismarcks gegen die katholische Kirche im Deutschen Reich. In der gemeinsamen Abwehr jener nationalliberalen und machstaatlichen Versuche einer Domestizierung der Kirche durch Politik und Gesellschaft standen deutsch- und polnischsprachige Katholiken in Oberschlesien ganz selbstverständlich zusammen.

Aber es ging in diesem Konflikt nur vordergründig um die Freiheit der Religion oder gar konkrete Glaubensinhalte. Vielmehr prallten hier Moderne und Vormoderne aufeinander, und nicht zufällig verliefen Kulturkampf und eine Hochphase der Industrialisierung zeitlich parallel. In den preußischen Ostprovinzen, vor allem in Posen und Oberschlesien, verkomplizierten sich die Auseinandersetzungen noch durch eine Kampagne gegen alles vermeintlich oder tatsächlich Polnische. Die Moderne zeigte sich im Gewand eines hochindustrialisierten, auf Homogenität bedachten und zentralisierten Nationalstaates, dessen Identität sich aus einem vermeintlich aufgeklärten, vom Kulturprotestantismus geprägten Preußentum herleitete und dessen Zusammenhalt durch ein obrigkeitsstaatliches Herrschaftssystem mit einem allenfalls halbkonstitutionellen Monarchen an

der Spitze gewährleistet wurde. Nationale und ethnische Minderheiten – zwischen beiden wurden keine Unterschiede gemacht – bildeten in diesem System zwangsläufig Störfaktoren, gegen die rigoros vorgegangen wurde. Dies umso mehr, wenn, wie im Fall Posens und Oberschlesiens, zur ethnischen Vielfalt der Bevölkerung noch die „falsche“ Konfession hinzukam. In Oberschlesien aber war die katholische Kirche nicht nur ein starker gesellschaftlicher Faktor unter vielen anderen. In diesem noch immer durch vormoderne Traditionen zutiefst geprägten Land mit seinen überwiegend agrarischen Strukturen durchdrang der Katholizismus vollständig und wie selbstverständlich die gegebenen bäuerlichen und kleinstädtischen Milieus. Im gemeinsamen Glauben relativierten sich aber auch die existierenden ethnischen Unterschiede, hatten importierte nationale Sammlungsparolen kaum eine Chance zu wirksamer Verbreitung und blieben landfremde, meist protestantische Vertreter der Obrigkeit nur mühsam, aber solidarisch ertragene Fremdkörper. Aus diesem Grund lässt sich für Oberschlesien im neunzehnten Jahrhundert auch nicht einfach ein „deutscher“ beziehungsweise „polnischer“ Katholizismus konstatieren, hier war der Katholizismus eben in erster Linie „oberschlesisch“.

Industrialisierung und Germanisierung

Die konfessionelle Klammer, die deutsche und polnische Katholiken in Oberschlesien in einer gemeinsamen und stark ausgeprägten landsmannschaftlichen Identität zusammenhielt, begann jedoch langsam zu erodieren, als unter dem Druck der Industrialisierung die soziale Frage zu einem immer drängenderen Problem heranwuchs. Die deutschsprachige einheimische Bevölkerung, der es wirtschaftlich schon immer ein wenig besser ergangen war, wurde hiervon allerdings weniger

hart getroffen als das polnischsprachige Ethnikum. Das Proletariat auf den großen Latifundien wie auch in den explosionsartig wachsenden Zentren des pulsierenden oberschlesischen Industriereviere war in erster Linie polnisch. Auf diese Weise verschmolz die allmähliche, aber unausweichliche Zurückdrängung der Vormoderne durch die Moderne mit der Ablösung der Geborgenheit vermittelnden Vorrangstellung der *Region* durch die neue Priorität einer anonymen, abstrakten Idee der „Nation“. Die als „Protestantisierung“ aufgefasste versuchte kulturelle Verdrängung der katholischen Kirche aus dem tradierten gesellschaftlichen Gefüge sowie eine seitens des Staates durchaus gewollte, aggressive „Germanisierung“ des polnischen Ethnikums verknüpften sich im Laufe der Zeit indes mit der sozialen Frage zu einem höchst komplizierten Problemknäuel, das zu Beginn des neuen Jahrhunderts für Oberschlesien seine ganze zerstörerische Kraft entfalten sollte.

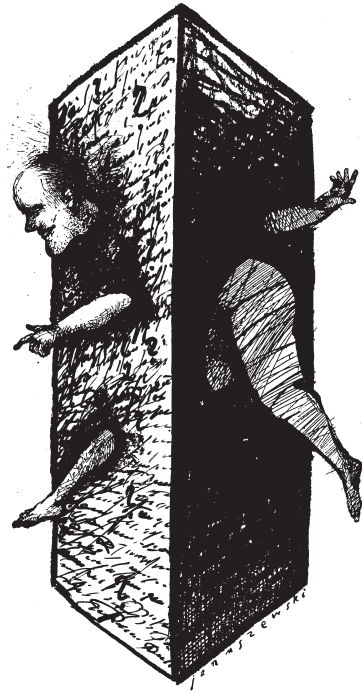
Nachdem die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien unter der Führung des jungen oberschlesischen Reichstagsabgeordneten Wojciech (Albert) Korfanty (1873–1939), einem begnadeten politischen Talents aus dem oberschlesischen Revier und glühenden polnischen Patrioten, Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte und unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg ein leichtes Absinken verzeichnen musste, eröffnete das Kriegsende 1918 den nationalpolnischen Hoffnungen in Oberschlesien neue, ungeahnte Möglichkeiten: Die wieder erstehende polnische Republik erhob, unterstützt von den Siegermächten, Anspruch auf ganz Oberschlesien mit der Begründung, wer Polnisch seine Muttersprache nenne, sei auch Pole. Tatsächlich hatten bei einer Volkszählung im Jahre 1910 knapp sechzig Prozent der Oberschlesier Polnisch als Mutter- beziehungsweise Umgangssprache angegeben, doch nur 11,1 Prozent der Wahlbe-

rechtigten hatten bei der Reichstagswahl von 1912 für die polnische Liste votiert. Unter Führung der katholischen Zentrumspartei bestritt die deutsche Seite – nicht zuletzt mit Verweis auf die Verhältnisse in Elsass-Lothringen – eine „objektive“ Gleichsetzung von Sprache und Nationalität und beharrte auf der subjektiven Willensentscheidung eines jeden Individuums. Schließlich machten sich die Briten den deutschen Standpunkt zu Eigen und setzten in der zweiten Fassung des Versailler Vertrages vor dem Hintergrund ihrer europäischen Gleichgewichtspolitik eine Volksabstimmung durch, nachdem die erste Fassung noch die vollständige Abtretung Oberschlesiens an Polen vorgesehen hatte. Dagegen hatte sich im Deutschen Reich ein Sturm der Entrüstung erhoben, und in Oberschlesien selbst war es wiederum das Zentrum gewesen, das, angeführt von seinem oberschlesischen Vorsitzenden Carl Ulitzka (1873–1953), eindrucksvolle, wenngleich friedliche Massenproteste gegen die Entscheidung der Alliierten initiierte.

Polnischer und deutscher Patriotismus

Der Berufspolitiker Wojciech Korfanty und der Ratiborer Pfarrer Carl Ulitzka symbolisieren in ihren Persönlichkeiten gleichsam die beiden Optionen, welche sich den Oberschlesiern am Ende des Ersten Weltkrieges boten: die Hinwendung zum staatlich wieder erstandenen, katholischen Polen oder die Treue zum Deutschen Reich, das nach vierjährigem erlittenen Kampf eine schwere Niederlage erlitten hatte und das sich in revolutionärer Gärung befand, dem aber auch die Chance auf einen demokratischen Neuanfang innewohnte. Deutscher und polnischer Patriotismus prallten dabei ausgerechnet in einem Gebiet aufeinander, das kurz vor der sozialen Explosion stand und, zumindest im Industrieviertel, erste konkrete Anzeichen einer drohenden Bol-

schewisierung zeigte. In der Beurteilung der Lage waren sich Korfanty und Ulitzka weitgehend einig; das hauptsächliche Übel erblickten beide in Berlin, das heißt in der „Germanisierung“, protestantischen „Fremdbestimmung“ und sozialen Deklassierung Oberschlesiens, die in den zurückliegenden Jahrzehnten von der Hauptstadt Preußens und Deutschlands ausgegangen war. Einen weiteren Gefahrenherd diagnostizierten Korfanty wie auch Ulitzka in einer möglichen Neutrali-



sierung Oberschlesiens, die diese Region ganz sicher zu einem Spielball der internationalen Politik und zu einem beständigen Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen gemacht hätte. Aber während für Korfanty die Zukunft Oberschlesiens nur in Polen liegen konnte, setzte Ulitzka auf Deutschland und somit vordergründig auf Kontinuität. Carl Ulitzka war ungeachtet seiner Kulturkämpferfahrungen vollständig als Deutscher sozialisiert, er dachte und fühlte deutsch und war überzeugter deutscher Patriot. Genauso über-

zeugt lehnte er als Gegner der alten zentralistischen Machtstrukturen jedoch Preußen und den gesamten verblichenen Obrigkeitsstaat wilhelminischer Spielart ab. Seine Lösung des Problems sah folgerichtig dann auch einen von Preußen – und damit auch vom Rest Schlesiens – losgelösten Bundesstaat Oberschlesien innerhalb der deutschen Republik vor.

Die Ankündigung eines Plebiszits für Oberschlesien verursachte im vorgesehenen Abstimmungsgebiet umgehend eine Woge nationaler Auseinandersetzungen, welche im Kern viel eher sozialer denn chauvinistischer Natur waren. Bereits im August 1919 brach in der oberschlesischen Montanregion, der zweitgrößten des Deutschen Reiches, der Erste Polnische Aufstand aus, der jedoch schlecht organisiert war und von deutschen Grenzschutztruppen unter Duldung der Alliierten ebenso schnell wie blutig niedergeschlagen wurde. Im Februar 1920 rückte die Interalliierte Kommission (IK), bestehend aus französischen, italienischen und britischen Einheiten, in Oppeln ein. Ihre Aufgabe bestand darin, das Abstimmungsgebiet bis zum Plebiszit zu regieren, zu verwalten und militärisch zu schützen. Oberschlesien war fortan von Deutschland faktisch und *de jure* getrennt. An der Spitze der IK stand der französische General Henri Le Rond. Frankreich, das den Rückzug der ursprünglich ebenfalls vorgesehenen USA kompensiert und das Ausbleiben größerer britischer Truppenkontingente, die in Irland benötigt wurden, taktisch geschickt ausnutzte, setzte alles daran, die IK vollständig zu beherrschen und der polnischen Seite zum Sieg zu verhelfen.

Zweiter Aufstand und Plebiszit

Besonders augenfällig trat die propolnische Haltung Frankreichs im August 1920 zu Tage. Ein von langer Hand vorbereiteter, wenngleich im Anschluss an antipolnische und antifranzösische Ausschrei-

tungen in Kattowitz ausgebrochener „Aufstand“ polnischer Insurgenten im Abstimmungsgebiet (der so genannte Zweite Oberschlesische Aufstand) veränderte – ohne von den französischen Militär- und Polizeieinheiten bekämpft zu werden – die Machtverhältnisse in der Plebiszitregion erheblich zu Gunsten Polens und verhinderte vor allem eine Volksabstimmung zu diesem Zeitpunkt, die angesichts des gleichzeitigen polnisch-sowjetischen Krieges mit hoher Wahrscheinlichkeit einen deutlichen deutschen Erfolg gebracht hätte.

Der Zweite Polnische Aufstand bildete den Höhepunkt einer von beiden Seiten mit beispielloser Demagogie und brutaler Härte geführten Wahlagitation. Die Deutschen besaßen unleugbare Vorteile, vor allem bezüglich der nach wie vor von ihnen dominierten Infrastruktur. Doch wo der polnische Abstimmungskommissar Korfanty über einen straff organisierten Plebiszitapparat verfügte, lähmte sich die deutsche Seite selbst in einer bemerkenswerten Mischung aus Bürokratismus, Kompetenzgerangel und Eifersüchteleien. Zu viele unterschiedliche Interessen waren hier im Spiel, und ebenso unterschiedlich waren die Vorstellungen von Oberschlesien, die in den Köpfen der Verantwortlichen von Reichsregierung, Preußischer Staatsregierung, den Parteien und der Wirtschaft kursierten. Sozialdemokraten wie auch die Nationalisten von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verstanden die oberschlesische Volksseele so wenig, dass sie aus lauter Argwohn gegenüber dem Zentrum und dem politischen Katholizismus überhaupt Gefahr liefen, den deutschen Abstimmungssieg zu verspielen. Es ist letztendlich als persönlicher Erfolg der Zentrums Politiker Hans Lukaschek (1885–1960; 1929–1933 Oberpräsident von Oberschlesien, 1943/44 Mitglied des Kreisauer Kreises, 1949–1953 erster Bundesvertriebenenminister) als verantwortlichem Propagandachef,

Carl Ulitzka als Vorsitzendem der größten Partei Oberschlesiens sowie Kurt Urbanek (1884–1973) als deutschem Plebiszitkommissar zu werten, dass die deutsche Propaganda nach langen Anlaufschwierigkeiten schließlich doch noch zum Gewinn einer deutschen Mehrheit bei der Volksabstimmung 1921 beizutragen vermochte.

Als am 20. März 1921 das Plebiszit in Oberschlesien endlich stattfinden konnte, brachte es keine klaren Verhältnisse, wengleich ein eindeutiges Ergebnis: Die deutsche Majorität betrug 59,6 Prozent zu 40,4 Prozent der gültigen Stimmen.

Der dritte Aufstand

Nachdem sich jedoch die IK und auch der Hohe Rat der Alliierten in Paris über Wochen hin nicht auf eine einheitliche Interpretation des Abstimmungsergebnisses hatten einigen können und sich zudem die Anzeichen mehrten, dass Polen gar keinen oder nur einen sehr kleinen Teil Oberschlesiens würde erhalten können, brach am 3. Mai 1921 der Dritte Polnische Aufstand in Oberschlesien los. Zweifelsohne ist er insoweit als „authentisch“ anzusehen, als die übergroße Mehrheit der Insurgenten aus nationalpolnisch gesinnten Oberschlesiern bestand; spontan ist er aber mit Sicherheit nicht ausgebrochen. Vielmehr war er die letzte Trumpfkarte Korfantys, um doch noch einen Großteil Oberschlesiens für Polen zu retten, und ebenso sicher ist er sowohl minutiös von langer Hand vorbereitet als auch von Polen aus logistisch und materiell massiv unterstützt worden. Innerhalb weniger Tage war das Abstimmungsgebiet ziemlich genau bis zu der Linie von den Aufständischen erobert worden, die Korfanty im April noch als die Grenze der polnischen Gebietsansprüche in Oberschlesien bezeichnet hatte. Wiederum leisteten die alliierten Truppen, abgesehen von den italienischen Einheiten, dem offenkundigen polnischen Rechtsbruch keinen Wider-

stand; deutsche Abwehrkräfte standen nicht zur Verfügung. Da erwies es sich als taktischer Fehler, dass Korfantys Bundesgenosse Le Rond zum Zeitpunkt des Ausbruches der Kampfhandlungen zur Berichterstattung in Paris weilte. Sein Stellvertreter, der Italiener de Marinis, erlaubte aus Gründen des Fairplay mit britischer Duldung stillschweigend die Aufstellung deutscher Selbstschutzverbände unter dem aus Oberschlesien stammenden General Karl Hofer. Während die militärische Führung bei Hofer lag, organisierte sich die zivile deutsche Seite in einem parteiübergreifenden, auch die Gewerkschaften einschließenden so genannten „Zwölferausschuss“ in Oberglogau, der an die Stelle des zuvor aufgelösten Plebiszitkommissariates trat. Vorsitzender dieses Gremiums wurde – als Führer der stärksten Partei – Carl Ulitzka. Er ordnete die deutschen Reihen, half beim Aufbau des deutschen Selbstschutzes und avancierte als Organisator und Repräsentant der deutschgesinnten Zivilbevölkerung Oberschlesiens zum Widerpart des selbstherrlichen und pflichtvergessenen Generals Le Rond. Im zeitlichen Rückblick erscheint der Ratiborer Pfarrer zwar als direkter Kontrahent Korfantys, tatsächlich aber hatte er mit dem polnischen „Diktator“ des Aufstandes kaum etwas zu tun, zumal der eigentliche Adressat des polnischen Aufstandsunternehmens ja auch nicht Deutschland, sondern der Oberste Rat in Paris war.

Nachdem es dem deutschen Selbstschutz in den Tagen nach dem 21. Mai 1921 in den blutigen Kämpfen um den Annaberg, das religiöse Zentrum Oberschlesiens, gelungen war, den polnischen Vormarsch nicht nur zu stoppen, sondern sogar zurückzuschlagen, kam es nach französisch-britischen Interventionen zu einer Pattsituation, die im Laufe des Juni 1921 schließlich in einen Räumungsplan für den Abstimmungsbezirk mündete und dem schwer geprüften Land nach

langen Wochen der Anarchie und bürgerkriegsähnlicher Wirren wieder so etwas wie Ruhe und Ordnung verschaffte. Die Ereignisse des Mai und Juni 1921 hatten Oberschlesien in eine Orgie von Blut, Gewalt und Hass gestürzt. Der deutsche Selbstschutz, der sich den polnischen Insurgenten entgegenstellte, rekrutierte sich zum überwiegenden Teil aus landfremden Freikorpsangehörigen, die aus allen Teilen Deutschlands nach Oberschlesien geströmt waren. Im Kampf diszipliniert und militärisch geschult, benahmen sich die Freikorps ansonsten wie eine Besatzungsarmee im fremden Land und standen in puncto Grausamkeit, Rach-, Raub- und Mordlust ihren Kontrahenten auf der anderen Seite in nichts nach. Überdies entwickelten sich innerhalb der Selbstschutzverbände rasch betont völkisch und antisemitisch ausgerichtete Zirkel. Mit dem Widerstand der deutschgesinnten ober-schlesischen Bevölkerung hatten sie aber nichts zu tun; politisch klappte zwischen den völkisch orientierten Freikorpsangehörigen und der zivilen deutschen Seite in Oberschlesien ein tiefer und unüberbrückbarer Graben. Speziell Carl Ulitzka warf man auf der äußersten Rechten bis 1933 unentwegt vor, als Vorsitzender des „Zwölferausschusses“ 1921 „Hochverrat“ begangen zu haben, weil er nach der Eroberung des Annaberges statt eines weiteren deutschen Vorstoßes das Gespräch gesucht hatte. Dass dies, abgesehen vom moralischen Aspekt, auch den Geboten der militärischen Vernunft entsprochen hatte und mit General Hofer abgestimmt war, vermochte an diesen ebenso haltlosen wie verleumderischen „Dolchstoß“-Vorwürfen nichts zu ändern.

Während des Sommers und Herbstes 1921 lag eine drückende Stimmung quälender Ungewissheit und Spannung in Hinblick auf die staatliche Zukunft Oberschlesiens über dem Land. Nachdem sich die interalliierte Botschafterkonferenz in

Paris nicht auf eine gemeinsame Lösung hatte verständigen können, war das Problem an einen Ausschuss des Genfer Völkerbundes überwiesen worden. Die Beratungen dieses durchaus frankophilen Gremiums, das aus einem Belgier, einem Brasilianer, einem Spanier und einem Chinesen bestand und im Verlauf seiner Tätigkeit niemals ober-schlesischen Boden betreten hat, führten am 12. Oktober 1921 zum Schiedsspruch des Völkerbundsrates in Genf über die Zukunft Oberschlesiens: Das Land wurde geteilt; Polen erhielt etwa ein Drittel des ober-schlesischen Territoriums mit zirka 45 Prozent der ober-schlesischen Bevölkerung sowie neunzig Prozent der bekannten Steinkohlevorräte und 75 Prozent der Industrieanlagen. Die neue Grenze teilte nicht nur ein zuvor über Jahrhunderte organisch gewachsenes Land, sondern erwies sich zudem noch ökonomisch als völlig unsinnig, indem sie nicht nur Städte, Kreise und Gemeinden auseinander riss, sondern auch Verkehrswege, die Energieversorgung und ganze Betriebe. Zudem entstanden auf beiden Seiten beträchtliche nationale Minderheiten, die in gespannter nationaler Atmosphäre jeweils von den ihnen zugewiesenen „Vaterländern“ integriert werden mussten. Um all diese Probleme wenigstens halbwegs in den Griff bekommen zu können, schlossen Deutschland und Polen unter Vermittlung des Völkerbundes im Mai 1922 die so genannte „Genfer Konvention“, welche auf die Dauer von fünfzehn Jahren Übergangsregelungen in ökonomischen und sozialen Fragen enthielt sowie besondere Rechte der jeweiligen Minderheiten garantierte. Das bilaterale Abkommen von Genf, an dessen Zustandekommen Carl Ulitzka als deutscher Sachverständiger ebenso mitgewirkt hat wie polnischerseits Wojciech Korfanty, vermochte allerdings nichts daran zu ändern, dass sowohl Polen als auch Deutschland den Teilungsbeschluss des Völkerbundes gleichermaßen für praktisch inak-

zeptabel wie auch für moralisch anfechtbar hielten und bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von der Notwendigkeit seiner Revision zu jeweils ihren Gunsten ausgingen. Auch wenn diese Grenzlinie, deren Verkündung in Deutschland umgehend als ein erneutes „Diktat“ der Entente verstanden wurde und eine schwere Regierungskrise auslöste, weit entfernt von den ursprünglichen Vorstellungen Korfantys und General Le Ronds blieb, so war sie dennoch keineswegs ein fairer Kompromiss, sondern stellte letzten Endes einen Sieg der französischen Teilungspolitik in Oberschlesien dar. Vernünftiger und zukunftsweisender wäre zweifelsohne die Umsetzung eines britisch-italienischen Kompromissvorschlages gewesen: Jener sah vor, dass das gesamte Industriegebiet ungeteilt bei Deutschland verbleiben, Polen dafür aber alle grenznahen Kreise mit eindeutiger polnischer Mehrheit sowie ein Gebiet mit mehr als zwanzig Gruben und Hütten sowie den reichsten, allerdings noch unerschlossenen Kohlevorkommen erhalten sollte. Dieser Vorschlag verringerte die Möglichkeit zukünftiger ethnisch-nationaler Konflikte erheblich, war relativ unkompliziert staatsrechtlich zu realisieren und eröffnete zugleich die Option auf eine fruchtbare ökonomische Kooperation über die neue Grenze hinweg zum Wohle aller Beteiligten. Er hatte nur einen Fehler: Er passte nicht in das strategische Konzept Frankreichs.

Objekt Großbritanniens und Frankreichs

Die beiden Oberschlesier Carl Ulitzka und Wojciech Korfanty haben stellvertretend für ihre Nationen im Nachhinein erkennen müssen, dass es sich beim oberschlesischen Abstimmungskampf der Jahre 1919 bis 1921 keineswegs vorrangig oder gar ausschließlich um eine bilaterale deutsch-polnische Auseinandersetzung gehandelt hat, sondern dass Oberschle-

sien nach dem Ersten Weltkrieg nichts weiter gewesen ist als ein bloßes Objekt in der europäischen Hegemonialpolitik Frankreichs beziehungsweise der kontinentalen Gleichgewichtspolitik Großbritanniens. Zeitweise traten diese beiden Siegermächte des Weltkrieges als Anwälte Polens beziehungsweise Deutschlands auf, doch Deutschland musste auf schmerzliche Weise erfahren, dass seine Interessen dort an die Grenzen britischen Wohlwollens stießen, wo die englische Weltstellung und die innere Stabilität des eigenen Landes gefährdet schien. Frankreich wiederum ließ Polen immer wieder deutlich spüren, dass es lediglich ein Instrument zur Durchsetzung französischen Vormachts- und Sicherheitsstrebens gegenüber Deutschland war, wie das Verhalten von Paris in der Teschener Frage und auch die bemerkenswerten wirtschaftspolitischen Manöver Frankreichs im oberschlesischen Industriegebiet zeigen.

Beide Teile Oberschlesiens haben nach 1922 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – Hitler ließ dessen „Auslöser“ nicht zufällig in Gleiwitz an der „blutenden“ inneroberschlesischen Grenze zu Polen konstruieren – einen unterschiedlichen Weg genommen. Beiden gemeinsam aber war die argwöhnische und nicht selten diskriminierende Behandlung durch ihre jeweiligen Mutterstaaten sowie ihre Instrumentalisierung – vor allem in der brisanten Minderheitenfrage – auf dem Gebiet der Außen- und Revisionspolitik.

Europa ist 1921 an Oberschlesien und seiner Bevölkerung mit schuldig geworden; Europa hat nun, mehr als achtzig Jahre später, die Gelegenheit, dieser Region mit all ihren ökonomischen und ökologischen Problemen eine positive Zukunft zu geben. Vorausgesetzt, Deutschland und Polen begreifen ihre diesbezügliche Verantwortung und die großen Chancen, welche eine aufrichtige beiderseitige Partnerschaft in diesem Prozess eröffnet.